

zu überweisen. Wir bleiben dabei: Für uns ist das „Material“. Ich bitte Sie, auch so abzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bäumer. - Zu derselben Eingabe spricht nun Herr Brammer für die SPD-Fraktion.

Axel Brammer (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sollten uns darauf besinnen, welche Aufgaben der Petitionsausschuss hat. Hier ist eine Petition mit - das ist keine Frage - berechtigten Besorgnissen bei den Petenten eingegeben worden. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, zu sagen, die Landesregierung solle jetzt einmal überprüfen, inwieweit Infraschall irgendwo gefährlich ist.

(Zuruf von der FDP: Warum denn nicht? - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Können Sie sich vielleicht einmal angewöhnen, dass ich hier zu Ende reden kann?

(Weitere Zurufe - Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege! - Jetzt ist es ruhig. Sie können weitersprechen.

Axel Brammer (SPD):

Wir haben uns aus folgendem Grund für „Sach- und Rechtslage“ entschieden:

Zurzeit gibt es keinen Grund für diese Petition. Dort ist noch nichts gelaufen. Der normale Ablauf ist, dass es zunächst eine Planung vor Ort gibt. Die Petenten werden in das Verfahren eingebunden. Sie können ihre Stellungnahmen abgeben. Auch können sie ihre Besorgnisse zum Thema Infraschall anmelden. Dann wird das überprüft und kommt es zu einem Ergebnis.

Das hat es bisher aber nicht gegeben. Erst wenn in diesem Verfahren Fehler auftreten, können sich die Petenten an den Petitionsausschuss wenden.

(Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

So weit zur Sach- und Rechtslage. Deshalb bleiben wir bei „Sach- und Rechtslage“.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Zu derselben Eingabe hat sich nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Bajus zu Wort gemeldet. Bitte, Sie haben das Wort!

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, in welchem Zusammenhang diese Petition überhaupt steht. Er besteht darin, dass der regionale Raumordnungsplan des Landkreises Harburg derzeit überarbeitet wird und dabei Vorrangflächen für Windkraft ausgewiesen werden sollen. Die Petentin sorgt sich, dass eine Fläche, die sich in ihrer Nachbarschaft befindet, vielleicht irgendwann mit Windkraftanlagen besetzt wird und dann ihre Gesundheit durch Infraschall beeinträchtigt werden könnte.

So weit hat Herr Brammer recht: Das ist ein offenes Verfahren. Der Zeitpunkt für die Petition ist aber eigentlich viel zu früh gewählt. Sie kann ihre Bedenken ja auch vor Ort in die Anhörungen bezüglich des Raumordnungsverfahrens einbringen.

Herr Bäumer, wir können jetzt nicht damit anfangen, das Thema Windkraft so zu bearbeiten, wie Sie es hier machen. Wir wissen heute, dass die Belastungen im Rahmen des gesetzlichen Abstandes - der ist auch hier einzuhalten; auch im Raumordnungsverfahren darf die Fläche nicht näher sein, als die Gesetzeslage es vorsieht - weit unterhalb der Wahrnehmungsschwellen liegen.

(Zuruf von der CDU)

- Lassen Sie mich zu Ende reden!

Auch wissen wir, dass das Thema Infraschall bei Windkraft, wenn wir das mit Infraschall durch Autos und Flugzeuge vergleichen, eher peripher einzuordnen ist.

Sie haben in einem Punkt recht: Grundsätzlich gilt das Vorsorgeprinzip. Wollen wir aber wirklich hier an dieser Stelle wegen dieser Thematik bzw. dieser Petition ein Windkraftmoratorium? - Das kann nicht Ihr Ernst sein!

Ich glaube, Ihnen geht es eigentlich um Folgendes: Sie machen sich nicht Sorgen um die Gesundheit; denn dann würden Sie mit einer entsprechenden Entschließung entsprechende Forschungsvorha-